

Anlage 1 zum Protokoll der Ratssitzung am 10.07.2014

Eine ZuhörerIn erklärte, dass sie die Gesamtelternvertreterin der Kita (Kindertagesstätte) Ramlingen-Ehlershausen sei. Sie fragte nach dem aktuellen Sachstand, insbesondere, wie es in der Kita weitergehen solle.

Herr Baxmann verlas die aktuell in der Kita aushängende Information und erklärte, dass von einer baldigen gütlichen Einigung ausgegangen werde. Erfahrungsgemäß würde ein selbstständiges Beweisverfahren keine Beschleunigung, sondern vielmehr eine Verzögerung durch die lange Laufzeit, ggfs. über einen Zeitraum von 2-3 Jahren, herbeiführen.

Herr Schulz befürwortete, dass die Eltern sich diesbezüglich gemeldet haben und sprach sein vollstes Verständnis aus. Die Sorgen der Eltern würden verstanden.

Herr Zschoch informierte darüber, dass die CDU-Fraktion einen Sondertermin des VA (Verwaltungsausschuss) zur Einleitung eines Beweissicherungsverfahrens beantragt habe. Ziel sei die schnellstmögliche sichere Betreuung der Kinder. Er regte an, dass man das Gesundheitsamt beteiligen könne.

Herr Hinz erklärte, dass die Raumluft untersucht worden sei. Innerhalb des Gebäudes sei eine geringere Sporenbelastung als die natürlich gegebene außerhalb des Gebäudes festgestellt worden. Seitens der Stadt seien keine Versäumnisse erkennbar, es sei die vernünftige Betreuung und Unterbringung der Kinder gewünscht. **Herr Hinz** äußerte, dass ein erfolgversprechendes Vorgehen seitens der Stadt gewählt worden sei. Er bat um Geduld seitens der Eltern und wies darauf hin, dass, sofern in den nächsten 4-6 Wochen kein Ergebnis vorliege, gerichtliche Schritte zu erwägen seien.

Die ZuhörerIn führte aus, dass es nach den Wochenenden und morgens innerhalb des Gebäudes nach Schimmel riechen und Kinder krank würden.

Herr Baxmann sagte erneute Messungen der Raumluft zu.

Ein Zuhörer erklärte, dass er Anwohner der Immenser Straße sei. Er kritisierte, dass bei einem Stau auf der A2 viel Verkehr über die Straßen Immenser Straße und Kleiner Brückendamm durch Burgdorf führe und wünschte Entlastung.

Herr Baxmann antwortete, dass die Stadt diesbezüglich bereits mehrfach Kontakt mit Bund und Land, als jeweilig zuständige Verkehrsbehörde für die Autobahnen (Bund) und die Landesstraßen (Land), aufgenommen habe. Eine Entlastung sei demnach nur durch den Ausbau der A2 um zusätzliche Fahrspuren möglich. Die offizielle Umleitungsstrecke verlaufe durch Steinwedel. Er erklärte, dass die Ausweisung einer Umleitungsstrecke über den Ostlandring das Problem lediglich verlagern würde. Ferner sei dieser von der Fahrbahnbeschaffenheit nicht für derartige Verkehre (Schwerlastverkehr) ausgebaut. Auf die vehemente Forderung des Zuhörers erklärte **Herr Baxmann**, dass erneut Kontakt mit den zuständigen Behörden aufgenommen werde.

Herr Obst ergänzte die Ausführungen von Herrn Baxmann und erläuterte die Problematik.